



**Genocide Alert e.V.**

**Jahresbericht 2019**

**Projekte**

**Öffentlichkeitsarbeit**

**Veröffentlichungen**

**Finanzen**

## Editorial

Liebe Mitglieder von Genocide Alert,

das Jahr 2019 begann für uns mit einem Erfolg in unseren langen Bemühungen um ein stärkeres Engagement deutscher Parlamentarierinnen und Parlamentariern für die Prävention von Massenverbrechen: Der Bundestags-Unterausschuss "Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und integriertes Handeln" hielt im Januar 2019 seine erste Sitzung ab, die speziell der Prävention von Massenverbrechen gewidmet war. Es war sogar die erste Sitzung überhaupt zu diesem Thema in einem Ausschuss des Bundestages. Dabei trat unser Geschäftsführer Jens Stappenbeck, neben Adama Dieng, dem Sonderberater des UN-Generalsekretärs für die Verhütung von Völkermord, als Experte auf und diskutierte mit den Abgeordneten. Das war ein großer Erfolg für unsere Arbeit auf den wir stolz sein können.



Gregor Hofmann, Vorsitzender von Genocide Alert

Leider waren nicht alle unsere Vorhaben von solchem Erfolg gekrönt. So haben wir uns gemeinsam mit dem Auschwitz Institute for Peace and Reconciliation und Protection Approaches um Fördermittel der EU Kommission in der Förderlinie „Rights, Equality and Citizenship Programme“ beworben. Unter dem Titel „Building Responsibility, Inclusivity, Diversity, for Greater European Solidarity“ wollten wir gemeinsam ein Projekt durchführen, dass NGOs aus ganz Europa, Vertreterinnen und Vertreter der EU in einer Reihe von Workshops zusammenbringt, um so eine Netzwerkbildung zu unterstützen und einen Erfahrungsaustausch anzuregen, mit dem Ziel die Prävention von identitätsbasierter Gewalt und Diskriminierung in Europa zu stärken. Obwohl wir in der Bewertung des Antrages gut abgeschnitten haben, waren wir nicht erfolgreich, da mit der Förderausschreibung vorrangig Anti-Rassismus-Projekte gefördert wurden. Auch ein weiterer Antrag auf Förderung für eine Neuaufstellung des Genocide Alert Monitors ist leider gescheitert. Wir sehen dies aber nicht als Rückschläge, sondern als Anreize, um zu lernen und wir werden in Zukunft einen neuen Anlauf starten! Fundraising ist nun einmal nicht immer einfach.

Umso erfreulicher war es für uns, dass unser Expertenwissen 2019 durchaus gefragt war. Und das nicht nur im Bundestag zu Beginn des Jahres, sondern über das ganze Jahr hinweg: Im April war Jens Stappenbeck bei einem Fachgespräch der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen zum 25. Jahrestages des Völkermords in Ruanda als Experte eingeladen. Im Mai hat Jens Stappenbeck mit Protection Approaches, dem Europäischen Auswärtigen Dienst sowie dem UN-Büro für die Prävention von Völkermord und die Schutzverantwortung die Tagung Tagung „Standing Up against Identity-based Violence“ in Brüssel vorbereitet und für Genocide Alert dort vorgetragen. Dabei wurde diskutiert, wie die europäische Zivilgesellschaft zur Prävention von Massenverbrechen beitragen kann. Die Tagung fand im Anschluss an das 9. Treffen des R2P-Focal Point-Netzwerkes statt, an dem Jens ebenfalls für Genocide Alert teilnahm.

Ebenfalls im Mai haben Jens Stappenbeck und ich beim Landesthementag „Völkermorde im 20. und 21. Jahrhundert – Neue Perspektiven für den Unterricht“, einer Fortbildungsveranstaltung in



## Jahresbericht 2019

---

Neumünster für Lehrerinnen und Lehrer, einen Workshop zu Deutschlands historischem Umgang mit Massenverbrechen und Möglichkeiten der Frühwarnung vor solchen Verbrechen gegeben. Zudem ist Isabel Tamoj im Oktober 2019 für Genocide Alert bei einer Paneldiskussion im Rahmen der zweitägigen Konferenz "Conflict and Identity: Confronting the Past through Education" im Lincoln College and der Oxford Universität aufgetreten. Die Konferenz befasste sich mit der Wechselwirkung zwischen Konflikt, Identität und Bildung in konfliktgeprägten Gesellschaften. TeilnehmerInnen diskutierten wie Genozide im Unterricht dargestellt werden, wie diese Darstellungen Identitäten prägen und wie Geschichtsunterricht zur Förderung oder Untergrabung von Frieden eingesetzt werden kann. Die Paneldiskussion selbst trug den Titel "Teaching what past after genocide?".

Auch unsere internationale Vernetzung konnten wir weiter ausbauen. Die Zusammenarbeit mit dem Auschwitz Institute for Peace and Reconciliation und Protection Approaches an dem leider gescheiterten EU-Antrag hat unsere Organisationen stärker zusammengerückt. Wir haben 2019 auch an anderen Stellen zusammengearbeitet, etwa im Rahmen des Treffens von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Brüssel zum Thema „Standing Up against Identity-based Violence“. Außerdem hat Jens Stappenbeck für Genocide Alert am Treffen des globalen Netzwerks der R2P Focal Points in Brüssel teilgenommen und mit den nationalen Kontaktpersonen für die Umsetzung der Responsibility to Protect diskutiert.

Wir haben zudem selbst den Rat von Experten gesucht: Im Rahmen unseres Projekts zur Rolle der Entwicklungszusammenarbeit bei der Prävention von Massenverbrechen haben wir mit verschiedenen Experten in diesem Bereich gesprochen und die Ergebnisse als Interviews auf unsere Homepage gestellt. Dabei haben wir viel gelernt. Wir planen in Zukunft mehr dazu zu arbeiten, auch im Rahmen unserer Mitgliedschaft bei der Plattform zivile Konfliktbearbeitung.

Alles in allem blicken wir somit auf ein erfolgreiches Jahr 2019 zurück! Das war alles nur dank des Engagements der Aktiven in unserer Genocide Alert-Arbeitsgruppe – die sich weiterhin einmal im Monat auf Skype trifft – sowie dank der Unterstützung aller Mitglieder von Genocide Alert möglich.

Im Namen des Vorstandes von Genocide Alert danke Ich Euch allen für Eure Unterstützung und für die Zeit, die Ihr in unsere Arbeit für eine Welt ohne Völkermord investiert!

Dr. Gregor Hofmann  
Vorstandsvorsitzender von Genocide Alert e.V.



Jahresbericht 2019

---

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>Fachgespräch im Bundestag zur Prävention von Massenverbrechen.....</b>	<b>5</b>
<b>Parlamentarisches Frühstück „Prävention von Massenverbrechen – lessons learned from Myanmar?“ am 15 Januar 2019.....</b>	<b>7</b>
<b>Entwicklungszusammenarbeit und Prävention von Massenverbrechen .....</b>	<b>9</b>
<b>Veröffentlichungen .....</b>	<b>11</b>
<b>Genocide Alert auf Veranstaltungen .....</b>	<b>12</b>
<b>Gut vernetzt – Kooperationspartner .....</b>	<b>13</b>
<b>Finanzbericht: Das Jahr in Zahlen.....</b>	<b>14</b>
<b>Impressum.....</b>	<b>14</b>

## Fachgespräch im Bundestag zur Prävention von Massenverbrechen

Der Bundestag-Unterausschuss "Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln" hat am 14. Januar 2019 erstmals eine Sitzung über die Prävention von Massenverbrechen und Möglichkeiten für den Ausbau von Frühwarnmechanismen und Kohärenz in Deutschland abgehalten. Zu diesem Fachgespräch war unter anderem UN-Untergeneralsekretär Adama Dieng eingeladen. Er ist der Sonderberater des UN Generalsekretärs für die Prävention von Völkermord. Darüber hinaus wurde Jens Stappenbeck, Geschäftsführer von Genocide Alert, als Sachverständiger vom Bundestag befragt.



Ottmar von Holtz (Unterausschuss zivile Krisenprävention), Adama Dieng (UN Sonderberater für die Prävention von Völkermord) und Jens Stappenbeck (Genocide Alert) | Quelle: Deutscher Bundestag

Adama Dieng wies darauf hin dass die Welt unter anderem in Myanmar, Nigeria, Südsudan und Syrien einen besorgniserregenden Anstieg von Massenverbrechen beobachte. Das müsse Deutschland und den Rest der Welt interessieren. Risikosituationen müssten früher erkannt werden und frühzeitig präventiv gehandelt werden, Hierbei müssten die Staaten auch international zusammenarbeiten. Wenn Krisen eskalierten, ethnische Gruppen attackiert werden, oder sich gar ein Völkermord abzeichne, dann müsse der betroffene Staat selbst handeln bzw. von der Staatengemeinschaft zum Handeln gedrängt werden. Versage er drin müsse gegebenenfalls die internationale Gemeinschaft im Sinne des Konzepts der „Schutzverantwortung“ („Responsibility to Protect“) aktiv werden. Es bedürfe eines effektiven Multilateralismus, auch im UN-Sicherheitsrat, um Massenverbrechen früher zu verhindern. Dieng zeigte sich dabei jedoch besorgt darüber, dass der UN-Sicherheitsrat immer häufiger nur schwache Worte im Angesicht von Massenverbrechen finde.

Jens Stappenbeck von Genocide Alert betonte, dass Prävention früher und aktiver betrieben werden müsse. Bis heute bleibe das Verhindern von Massenverbrechen wie Völkermorden, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und systematischen Kriegsverbrechen eine moralische und historische Verantwortung Deutschlands. Auch im Hinblick auf die katastrophalen wirtschafts- und sicherheitspolitischen Auswirkungen seit die Prävention solcher Verbrechen im ureigenen Interesse der Bundesrepublik. Dies habe die Bundesregierung im Juni 2017 mit den Leitlinien zur Krisenprävention bekräftigt. Dort heißt es: „das Verhindern von Völkermord und schweren Menschenrechtsverletzungen und das Eintreten für bedrohte Minderheiten sowie für die Opfer von Unterdrückung und Verfolgung gehören zur deutschen Staatsraison.“ Um dies in die Tat umzusetzen, so Stappenbeck, sei

eine wirkliche ressortübergreifende Zusammenarbeit und eine bessere Abstimmung der verschiedenen zuständigen Bundesministerien erforderlich. Das Bekenntnis zur Prävention von Massenverbrechen müsse in eine außenpolitische Schwerpunktsetzung und Konzeptentwicklung übersetzt werden. Die Entwicklungen in Myanmar hätten gezeigt, dass dies nicht funktioniere, obwohl viele Nichtregierungsorganisationen bereits früh vor Verbrechen gegen die muslimische Minderheit der Rohingya gewarnt hätten.

In der Diskussion mit den beiden Experten vertieften die anwesenden Abgeordneten einzelne Themenbereiche, wie die Problematik der Interessenkollisionen im UN-Sicherheitsrat, die Frage nach Instrumenten zur Prävention von Massenverbrechen und nicht zuletzt die Spannung zwischen präventivem Handeln und militärischem Eingreifen unter der sogenannten Schutzverantwortung.

Genocide Alert begrüßt, dass der Bundestag sich zum ersten Mal tiefergehend der Prävention von Massenverbrechen gewidmet hat. Wir freuen uns, dass wir mit unserer Expertise dazu beitragen konnten und hoffen, dass auf diese offene Diskussion nun die Entwicklung einer echten Strategie zur Prävention von Massenverbrechen folgt.

Eine Aufzeichnung des öffentlichen Fachgesprächs des Unterausschusses "Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln" des Bundestages zum Thema „Prävention von Massenverbrechen“ vom Montag, 14. Januar 2019, kann unter folgendem Link abgerufen werden: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2019/kw03-pa-zivile-krisenpraevention-585776>



## Parlamentarisches Frühstück „Prävention von Massenverbrechen – lessons learned from Myanmar?“ am 15 Januar 2019

Am 15. Januar 2019 fand auf Einladung von Margarete Bause, Sprecherin für Menschenrechte von Bündnis 90/ Die Grünen im Bundestag, sowie Frank Schwabe, Menschenrechtspolitischer Sprecher der SPD im Bundestag, ein parlamentarisches Frühstück statt. Dort hat unser Vorsitzender Gregor Hofmann gemeinsam mit Adama Dieng, dem UN Sonderberater für die Prävention von Völkermord und Alexey Yusupov, Leiter der Friedrich Ebert Stiftung in Myanmar, die Bedeutung der Prävention von Massenverbrechen am Beispiel von Myanmar mit Abgeordneten, deren Mitarbeitenden und Außenpolitikexpertinnen und -experten diskutiert.



Margarete Bause (Bündnis 90/Die Grünen, 4. von Links), Gregor Hofmann (Genocide Alert, 2. von Links), Adama Dieng (UN Sonderberater für die Prävention von Völkermord, 3. von Links) und Alexey Yusupov (Friedrich Ebert Stiftung Myanmar, rechts) beim Parlamentarischem Frühstück am 15. Januar 2019 | Quelle: UN Office on the Prevention of Genocide and the Responsibility to Protect

Polizei und Militär in Myanmar haben ab Ende August 2017 in sogenannten Säuberungsaktionen in Rakhine State in Reaktion auf Angriffe der Arakan Rohingya Salvation Army auf Polizeistationen Massenverbrechen gegen die muslimische Minderheit der Rohingya begangen. Es kam zu Tötungen, Vergewaltigungen und Brandschatzungen, die zur Vertreibung von über 700.000 Menschen führten. In Folge der Gewalt ist die Zahl der in Bangladesch schutzsuchenden Rohingya-Flüchtlinge auf über 900.000 Menschen angestiegen. Im August 2018 kam die Unabhängige internationale Untersuchungskommission des UN-Menschenrechtsrates zu dem Schluss, dass bei den ethnisch-basierten Vertreibungen eine genozidäre Absicht vorlag, die auf eine Zerstörung der Rohingya-Gemeinschaft und die Veränderung der Bevölkerungszusammensetzung in Rakhine ausgerichtet gewesen sei.

Beim Parlamentarischen Frühstück präsentierte Adama Dieng den Frühwarnanalyserahmen des UN Büros für Völkermordprävention und die Schutzverantwortung. Dabei betonte er, dass es wichtig sei, die Wurzeln solcher Probleme anzugehen: Diskriminierung, Hassrede und Exklusion bestimmter Bevölkerungsgruppen. Zudem sei es wichtig Gerechtigkeit für die Opfer solcher Verbrechen zu suchen. Es sei daher von zentraler Bedeutung, dass die Rohingya in Myanmar Schutz und Unterstützung durch den Staat erhielten. Auch die vielen Gemeinschaften, die Flüchtlinge aufgenommen haben, insbesondere in Bangladesch, benötigten mehr Unterstützung.

Alexey Yusupov von der Friedrich-Ebert-Stiftung sprach über die komplexe Gemengelage in Myanmar. Das Land habe sich in den vergangenen Jahren demokratisch geöffnet. Trotzdem bestünden große Probleme im Minderheitenschutz. Gleichzeitig gebe es mehrere bewaffnete Konflikte im Land. Viele in der Bevölkerung stellten sich angesichts internationaler Kritik hinter die Regierung und sähen das Land zu Unrecht an den Pranger gestellt. Zivilgesellschaftliche Kritik am Umgang mit den Rohingya gebe es zwar vereinzelt, sie sei jedoch kaum zu hören. Er warnte davor, dass zu harte Sanktionen gegen die Wirtschaft Myanmars großen Schaden anrichten könnten, was letztendlich wieder das Militär gegenüber der zivilen Regierung unter der Führung von Staatsrätin Aung San Suu Kyi stärken könnte.

Gregor Hofmann betonte in seinem Beitrag, dass die internationale Gemeinschaft darin versagt habe, die Verantwortlichen für die Gräueltaten gegen die Rohingya zur Rechenschaft zu ziehen. Die zivile Regierung Myanmars unter der Führung von Staatsrätin Aung San Suu Kyi seit ihrer Verantwortung zum Schutz der Bevölkerung nicht nur nicht nachgekommen, sondern habe die Geschehnisse geleugnet. Das habe das Militär ermutigt, seine Kampagne in Rakhine immer weiter fortzusetzen. Sanktionen seien zu spät verhängt worden, um Wirkung zu zeigen. Mit Blick auf Deutschland zeige der Fall Myanmar daher aufs Neue, dass ein spezifischer Ansatz zur Prävention von Massenverbrechen fehle. Zivile Krisenprävention – im Sinne von Peacebuilding und langfristiger Entwicklungszusammenarbeit – werde in Deutschland oft in Abgrenzung zur Debatte über die Responsibility to Protect diskutiert, da diese immer noch oft als vermeintlicher Ausdruck einer militärischen Interventionspolitik gesehen werde. Das habe dazu geführt, dass die Frage, was „Prävention von Massenverbrechen“ bedeute, in Deutschland kaum diskutiert werde. Dass es eines Tages zu massiver Gewalt gegen die Rohingya kommen könnte, sei angesichts umfassender Diskriminierung und Ausgrenzung bereits seit langem absehbar gewesen. International sei jedoch nur verhalten reagiert worden, um die sich ab 2010 abzeichnende demokratische Öffnung Myanmars nicht zu schädigen. Die Gefahren für die Rohingya seien aus dem Blick geraten. Deutschland alleine hätte die Geschehnisse ab August 2017 zwar nicht verhindern können. Würde die Prävention von Massenverbrechen aber konsistent und ressortübergreifend bei der außenpolitischen Prioritätensetzung berücksichtigt hätte die Gefahr früher berücksichtigt werden können, betonte Gregor Hofmann.



## Entwicklungszusammenarbeit und Prävention von Massenverbrechen

In Deutschland hat das Prinzip der Schutzverantwortung immer wieder öffentliche die Aufmerksamkeit auf sich gezogen, insbesondere durch die Intervention von Frankreich, Großbritannien, den USA und ihren Verbündeten in Libyen im Jahr 2011. Viel zu oft steht jedoch die Frage der internationalen Reaktion auf Massenverbrechen mit Hilfe militärischer Gewalt im Mittelpunkt der Diskussion. Die frühzeitige Prävention von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und anderer schwerer Gräueltaten durch proaktives, ziviles Handeln, die im Mittelpunkt der Diskussion stehen sollten, wird dagegen oft vernachlässigt. Wie aber kann man frühzeitig handeln, damit gar nicht erst eine Situation entsteht, in der es zu Massenverbrechen kommen kann? Wie kann ein Risiko für das Auftreten solcher Verbrechen frühzeitig erkannt werden? Wir haben Expertinnen und Experten in diesem Bereich befragt, um mehr darüber zu erfahren, wie Prävention von Gräueltaten in der Entwicklungszusammenarbeit gestärkt werden kann. Die Interviews wurden 2019 geführt und auf unserer Website veröffentlicht.



Über uns Projekte Beiträge und Policy Briefs Aktiv werden Newsletter

Prävention von Massenverbrechen und Entwicklungszusammenarbeit



### Prävention von Massenverbrechen und Entwicklungszusammenarbeit

In Deutschland hat das **Prinzip der Schutzverantwortung** immer wieder öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen, insbesondere durch die humanitäre Intervention von Frankreich, Großbritannien, den USA und ihren Verbündeten in Libyen im Jahr 2011. Viel zu oft steht jedoch die Frage der internationalen Reaktion auf Massenverbrechen mit Hilfe militärischer Gewalt im Mittelpunkt der Diskussion. Die frühzeitige Prävention von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und anderer schwerer Gräueltaten durch proaktives, ziviles Handeln, die im Mittelpunkt der Diskussion stehen sollten, wird dagegen oft vernachlässigt.

Genocide Alert will eine Debatte darüber anstoßen, wie mit Instrumenten der Entwicklungszusammenarbeit zur strukturellen Prävention von Massenverbrechen beigetragen werden kann.

### Experten im Gespräch:



DEZEMBER 27, 2019  
**Interview mit Simon Adams: „mass atrocities are a developmental catastrophe“**



DEZEMBER 19, 2019  
**Interview mit Daniel Dücker: Bei Entwicklungszusammenarbeit wie sie auf Proklamationsebene gang und gäbe ist, „ist die strukturelle Prävention von Massenverbrechen im Konzept eingewoben“**



DEZEMBER 16, 2019  
**Interview mit Alex Bellamy: „Structural atrocity prevention is about reducing atrocity risks and building resilience“**

Die Verhütung von Gräueltaten erfordert einen spezifischen Ansatz: Solche Verbrechen treten zwar oft, aber nicht immer, in bewaffneten Konflikten auf. Seit 1945 sind etwa ein Drittel dieser Verbrechen außerhalb von bewaffneten Konflikten begangen worden. Sie erfolgen in Form von staatlich kontrollierter Repression, wie in Nordkorea, oder von Diskriminierung und identitätsbezogener Gewalt gegen bestimmte Minderheiten, wie in Myanmar. Sie treten aber auch als kommunale Gewalt

auf, als Folge von Spannungen und Gewalt zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen, wie etwa Bauern und Nomaden in Mali oder Nigeria. Die Prävention der schwerwiegendsten Gräueltaten muss daher auf drei Ebenen erfolgen und darf sich nicht nur auf bewaffnete Konflikte konzentrieren. Diplomatische, humanitäre und auch militärische Instrumente der Konfliktbearbeitung müssen Risiken und Anzeichen für mögliche Massenverbrechen bereits bei der Planung berücksichtigen, bei drohenden Verbrechen muss direkter Einfluss ausgeübt werden, und bei bereits eingetretenen Menschenrechtsverletzungen muss schnell reagiert werden, um noch mehr Leid zu verhindern.

Insbesondere müssen aber die strukturellen Ursachen angegangen werden. Wie der UN-Generalsekretär in seinem Bericht von 2018 über die Umsetzung der Schutzverantwortung betonte: "Es kostet weitaus mehr, die Scherben nach einer Krise wieder zusammenzukehren, als eine Krise zu verhindern. Eine wirksame Prävention von Gräueltaten muss daher in die größeren Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft zur Verhinderung von Krisen und Leiden einbezogen werden." Die schwerwiegendsten Gräueltaten, wie Völkermord oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit, finden nicht über Nacht statt. Solche Verbrechen haben eine Vielzahl von Ursachen. Im Laufe der Jahre entsteht ein gesellschaftliches Klima, in dem ein solches Handeln denkbar und möglich wird. Diskriminierung bestimmter Gruppen, der Verlust grundlegender politischer Rechte, der ungleiche Zugang zu Land und Ressourcen und andere sozioökonomische Nachteile für bestimmte Teile der Gesellschaft sind Warnzeichen für ein Klima, das Grausamkeiten begünstigen kann. Diskriminierung kann zur Teilung der Gesellschaft in verschiedene Gruppen führen. Dies kann zur Ursache von Gewalt werden und dient Agitatoren als Rechtfertigung für gezielte Angriffe gegen andere Gruppen. Um Gräueltaten vorzubeugen, ist es daher wichtig, die zugrundeliegenden Konfliktursachen anzugehen. In diesem Zusammenhang spielt die Entwicklungszusammenarbeit zur Stärkung der lokalen Widerstandsfähigkeit und der niedrigschwelligen Präventionskapazitäten eine zentrale Rolle.

In Deutschland bezieht wird jedoch regelmäßig auf das Auswärtige Amt verwiesen, wenn die Prävention von Massenverbrechen Thema ist. Die internationale Debatte über die Prävention von Gräueltaten wird in Deutschland kaum rezipiert. Dies liegt unter anderem daran, diese internationale Debatte eng mit dem Prinzip der Schutzverantwortung verbunden ist, dem viele aufgrund der Nähe zur Debatte über humanitäre militärische Interventionen skeptisch gegenüberstehen. Angesichts der Tatsache, dass Massenverbrechen definitionsgemäß die schwerwiegendsten Angriffe auf Zivilpersonen sind und zu enorm hohen Sterblichkeitsraten und Fluchtbewegungen führen, möchte Genocide Alert eine Debatte darüber anstoßen, wie mit Instrumenten der Entwicklungszusammenarbeit zur strukturellen Prävention von Massenverbrechen beigetragen werden kann. Hierfür haben wir Expertinnen und Experten in diesem Bereich in Deutschland und weltweit kontaktiert und gefragt, wie die Gräueltatenprävention in Programmen der Entwicklungszusammenarbeit gestärkt werden kann. Die Interviews wurden 2019 geführt und werden in den kommenden Wochen in loser Reihenfolge auf unserer Website veröffentlicht. Sie wird ergänzt durch eine Reihe relevanter Hintergrundmaterialien.

**Das Projekt ist auf unserer Webseite zu finden:** <https://www.genocide-alert.de/projekte/praevention-von-massenverbrechen-und-entwicklungszusammenarbeit/>

## Veröffentlichungen

Auch im Jahr 2019 veröffentlichte Genocide Alert zahlreiche Beiträge auf der Homepage. Tagesaktuelle Beiträge finden sich auch auf unsere Facebook-Seite: [www.facebook.com/GenocideAlert/](http://www.facebook.com/GenocideAlert/) sowie auf Twitter: <https://twitter.com/GenocideAlert/>

### Artikel auf der Genocide Alert Homepage 2019

- Fachgespräch im Bundestag zur Prävention von Massenverbrechen (15. Januar 2019) <https://www.genocide-alert.de/fachgesprach-im-bundestag-zur-praevention-von-massenverbrechen/>
- Parlamentarisches Frühstück „Prävention von Massenverbrechen – lessons learned from Myanmar?“ (17. Januar 2019) <https://www.genocide-alert.de/parlamentarisches-fruehstueck-praevention-von-massenverbrechen-lessons-learned-from-myanmar/>
- Ruanda-Veranstaltungsankündigung: GA bei Fachgespräch der Grünen, 01.04.2019 15-19 Uhr (Bundestag) (25. März 2019) <https://www.genocide-alert.de/ruanda-veranstaltungsankuendigung-ga-bei-fachgesprach-der-gruenen-01-04-2019-15-19-uhr-bundestag/>
- 25 Jahre nach dem Völkermord in Ruanda: Ist solches Versagen heute immer noch möglich? (von Robin Hering, Gregor Hofmann und Jens Stappenbeck, 6. April 2019) <https://www.genocide-alert.de/25-jahre-nach-dem-voelkermord-in-ruanda-ist-solches-versagen-heute-immer-noch-moeglich/>
- Hoffnungszeichen und Risiken im Sudan nach Monaten des zivilen Aufstandes und dem Sturz Omar al-Bashirs (von Gregor Hofmann, 23. Juli 2019) <https://www.genocide-alert.de/hoffnungszeichen-und-risiken-im-sudan-nach-monaten-des-zivilen-aufstandes-und-dem-sturz-omar-al-bashirs/>
- Schutzzone in Nordsyrien? Für Zivilisten hätte es mehr gebraucht (von Robin Hering, 13. November 2019) <https://www.genocide-alert.de/schutzzone-in-nordsyrien/>
- Entwicklungszusammenarbeit und strukturelle Prävention von Massenverbrechen – ein Debattenprojekt (15. Dezember 2019) <https://www.genocide-alert.de/ez-und-strukturelle-praevention-von-massenverbrechen/>
- Interview mit Alex Bellamy: „Structural atrocity prevention is about reducing atrocity risks and building resilience“ (von Paul Stewens, 16. Dezember 2019) <https://www.genocide-alert.de/interview-alex-bellamy-ez-praevention-von-massenverbrechen/>
- Interview mit Daniel Dückers: Bei Entwicklungszusammenarbeit wie sie auf Proklamations-ebene gang und gäbe ist, „ist die strukturelle Prävention von Massenverbrechen im Konzept eingewoben“ (von Paul Stewens, 19. Dezember 2019) <https://www.genocide-alert.de/interview-mit-daniel-dueckers-wird-an-eine-ez-gedacht-bei-der-es-sich-auch-um-ein-instrument-zur-foerderung-nachhaltiger-menschenrechtsverwirklichung-und-zur-nachhaltigen-krisenpraevention-handelt/>
- Interview mit Simon Adams: „mass atrocities are a developmental catastrophe“ (von Paul Stewens, 27. Dezember 2019) <https://www.genocide-alert.de/interview-simon-adams-ez-praevention-von-massenverbrechen/>

## Genocide Alert auf Veranstaltungen

Im Jahr 2019 war unsere Expertise sehr gefragt. Genocide Alert-Mitglieder wurden für Vorträge, Experteneinschätzungen und diverse Veranstaltungsteilnahmen eingeladen:

**„Prävention von Massenverbrechen“, 14. Januar 2019, Berlin:** An dem öffentlichen Fachgespräch des Bundestag-Unterausschusses “Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln“ nahm Jens Stappenbeck als geladener Experte für Genocide Alert teil.

**„Prävention von Massenverbrechen – lessons learned from Myanmar?“ 15. Januar 2019, Berlin:** Bei dem Parlamentarischen Frühstück auf Einladung von Margarete Bause, Sprecherin für Menschenrechte von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag, und Frank Schwabe, Menschenrechtspolitiker der SPD im Bundestag, trug Gregor Hofmann für Genocide Alert vor.

**“UN-EU-civil society-researchers discussion on R2P and Atrocity Prevention at home, in Europe, and abroad”, 18. Januar 2019, Brüssel:** Ein Fachgespräch zur Rolle der Zivilgesellschaft in der Prävention von Massenverbrechen, organisiert von Protection Approaches, Friedrich Ebert Stiftung und dem UN Büro für die Prävention von Massenverbrechen und die Schutzverantwortung, Jens Stappenbeck hat für Genocide Alert mit Vertreterinnen und Vertretern der EU, der UN sowie verschiedener NGOs über die Rolle der Zivilgesellschaft in der Prävention von Massenverbrechen diskutiert.

**„Im Maulwurfstunnel‘ – Lesung und Diskussion über #Menschenrechte mit Thomas Kastning und Jens Stappenbeck“, 25. Januar 2019, Berlin:** Bei der Diskussion in der Brotfabrik trug Jens Stappenbeck für Genocide Alert vor.

**Veranstaltung zum Frühwarnsystem PREVIEW im Auswärtigen Amt, 29. Januar 2019, Berlin:** Jens Stappenbeck hat für Genocide Alert mit Konfliktforschenden aus aller Welt über Vorhersagemodelle in der Krisenfrüherkennung diskutiert.

**„25 Jahre seit dem Völkermord in Ruanda – Genozidprävention damals und heute“, 1. April 2019, Berlin:** Beim Fachgespräch der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen nahm Jens Stappenbeck für Genocide Alert an einem Diskussionspanel teil.

**„Landesthementag ‚Völkermorde im 20. und 21. Jahrhundert – Neue Perspektiven für den Unterricht‘“, 10. Mai 2019, Neumünster:** Bei der Fortbildungsveranstaltung für Lehrerinnen und Lehrer gaben Gregor Hofmann und Jens Stappenbeck für Genocide Alert einen Workshop zu Deutschlands Umgang mit Massenverbrechen und Möglichkeiten der Frühwarnung.

**„9th Annual Meeting of the Global Network of R2P Focal Points“, 13.-14. Mai 2019, Brüssel:** An dem Treffen der nationalen Kontaktpersonen für die Schutzverantwortung nahm Jens Stappenbeck für Genocide Alert teil.

**Tagung „Standing Up against Identity-based Violence“, 15. Mai 2019, Brüssel:** Jens Stappenbeck nahm für Genocide Alert an der Tagung teil, die der Frage nachging, wie die europäische Zivilgesellschaft zur Prävention von Massenverbrechen beitragen kann. Die Tagung fand im Anschluss an das 9. Treffen des R2P-Focal Point-Netzwerkes statt und wurde von Protection

Approaches organisiert, unterstützt durch Genocide Alert, den Europäischen Auswärtigen Dienst sowie dem UN-Büro für die Prävention von Völkermord und die Schutzverantwortung.

**„Panel-Diskussion: Teaching what past after genocide?“ bei der „Conflict and Identity Conference Oxford“, 18. Oktober 2019, Oxford:** Bei der Diskussion trug Isabel Tamoj für Genocide Alert vor. Die Konferenz befasste sich mit der Wechselwirkung zwischen Konflikt, Identität und Bildung in konfliktgeprägten Gesellschaften.

## **Gut vernetzt – Kooperationspartner**

Genocide Alert arbeitet mit verschiedenen Kooperationspartnern in Deutschland, Europa und auf internationaler Ebene zusammen. Genocide Alert konzentrierte sich im Jahr 2019 vor allem auf die Zusammenarbeit mit dem Auschwitz Institute for Peace and Reconciliation und Protection Approaches. So nahmen Vertreterinnen und Vertreter der drei Organisationen wiederholt gemeinsam an Veranstaltungen des Europäischen Auswärtigen Dienstes in Brüssel teil. Darüber hinaus arbeiteten wir während des Besuchs der UN-Sonderberaters für die Prävention von Massenverbrechen in Berlin Anfang 2019 mit dem UN-Büro für die Prävention von Völkermord und die Schutzverantwortung zusammen.

### **Unsere Partner 2019 waren:**

- Auschwitz Institute for Peace and Reconciliation (AIPR)
- Protection Approaches
- UN-Büro für die Prävention von Völkermord und die Schutzverantwortung

Genocide Alert versteht sich als Teil der internationalen Menschenrechtslobby und ist außerdem Mitglied folgender Zusammenschlüsse:

- Plattform Zivile Konfliktbearbeitung
- International Coalition for the Responsibility to Protect
- Justice for Darfur Coalition
- International Campaign to End Genocide
- Coalition for the International Criminal Court
- International Campaign to Stop Rape & Gender Violence in Conflict
- Every Casualty Campaign



Jahresbericht 2019

---

## **Finanzbericht: Das Jahr in Zahlen**

Genocide Alert e.V. hat mit dem Jahresabschluss 2019 einen Kontostand von 6.676,54€ Die Einnahmen durch Mitgliedsbeiträge und Spenden sind im Vergleich zum Vorjahr annähernd gleichgeblieben. Da wir im Jahr 2019 keine weiteren Fördermittel zur Verfügung hatten, waren unsere Personalkosten im Vergleich zu 2018 deutlich niedriger.

Die Mitgliedsbeiträge bleiben die größte regelmäßige Einnahmequelle von Genocide Alert Die Mitgliedszahl Ende des Jahres 2019 lag bei 54. Im Laufe des Jahres konnten wir einige Neumitglieder gewinnen, mussten uns aber auch von einigen verabschieden. Neben den regulären Mitgliedsbeiträgen haben wir 2019 eine Spende in Höhe von 200 € erhalten.





## **Impressum**

Vi.S.d.P.: Gregor Hofmann

Oktober 2020

Kontakt: [info@genocide-alert.de](mailto:info@genocide-alert.de)

Genocide Alert e.V.

Lauenburger Straße 7

12157 Berlin (Steglitz-Zehlendorf)